

Vielen Dank, Markus Eberl

Sehr geehrte Damen und Herren, als gewählte ehrenamtliche Mieterbeirätin bin ich und sind wir, das gesamte Mieterbeiratsteam, sehr oft die ersten AnsprechpartnerInnen vor Ort für die Ängste und Sorgen der MieterInnen der Freiburger Stadtbau. Für uns stehen natürlich, wie für viele andere auch, die Menschen im Mittelpunkt, weshalb ich Ihnen beispielhaft an einem Einzelschicksal die Folgen und die Tragweite ihrer heutigen Beschlüsse schildern möchte. Dieses Beispiel steht stellvertretend für die ca. 20.000 Menschen, die in den etwa 9.000 FSB-Haushalten leben.

Eine alleinstehende ältere Dame lebt, nach dem Tod ihres Mannes, in einer für Sie alleine zu großen Wohnung in Weingarten. Neben der Witwenrente bezieht sie eine eigene nur kleine Rente, da sie nie Vollzeit erwerbstätig war. Um nicht, wie sie es sagt, zum Amt oder Flaschen sammeln gehen zu müssen und sich ab und an etwas leisten zu können, hat sie mit einem kleinen Nebenjob ihr Einkommen aufgebessert. Dieser ist nun durch die Corona-Pandemie weggebrochen. Sie kann ihren Lebensunterhalt mit vielen Einschränkungen unverändert finanzieren, eine weitere Mieterhöhung von bis zu 15 Prozent, in diesem Falle ca. 60,- Euro pro Monat kalt, aber nicht mehr.

Ein Umzug in eine kleinere Wohnung scheidet aus, da die Stadtbau nicht genügend angemessene Wohnungen hat,

der Quadratmeterpreis im Neubau zudem höher wäre und die gesamten Umzugskosten sowie der Stress zu belastend wären..

Den von Ihnen geplanten Sozialbonus würde sie, auch nach einem für sie vielleicht als würdelos empfundenen Gang zum „Amt“, nicht erhalten, da sie dann einen geringeren Anspruch auf Grundsicherungsleistungen hätte, der nach 6 Monaten wegfallen würde. Das Amt muss die ersten 6 Monate, und nur die ersten 6 Monate, die zu teure Wohnung anerkennen und bezahlen. Danach käme es zu einem sogenannten Mietsenkungsverfahren.

Auch die Regelung, dass die Miete 25 Prozent unter der, auf welcher Datengrundlage auch immer, ermittelten städtischen „Durchschnittsmiete“ liegen soll, würde sie nicht schützen, da sie, wie ca. 70 Prozent der anderen StadtbaumieterInnen auch, nicht in Günterstal, Vauban, Herdern oder im Freiburger Osten wohnt. Denn nur dort sind die Mieten deutlich höher.

Natürlich ist es super, dass Sie, Herr Oberbürgermeister und auch Sie, die anderen hier anwesenden Entscheidungsträger, der Meinung sind, der Kurs der FSB der vergangenen 25 Jahre sollte geändert werden. Die angestrebte Grenze von 25% unter der städtischen Durchschnittsmiete klingt erstmal gut, weil damit eine Grenze gesetzt wurde, über die die Miete nicht steigen soll. Allerdings sind laut eigener Aussage der Stadtbau die meisten Mieten der FSB, wie bei der Mieterin in Weingarten, heute bereits 25% unter dieser gesamt-städtischen „Durchschnittsmiete“.

Weiterhin würde durch die Orientierung am Mietspiegel *die Durchschnittsmiete mindestens alle zwei Jahre steigen, weil die Mietpreise, wie auch die Immobilienpreise in Freiburg, nur einen Weg kennen: Steil nach oben. Deshalb ist es Zeit zu handeln und diese Mieterhöhungsspirale zu stoppen.*

In der Neukonzeptionierung der FSB wird der Gang zum Wohngeldamt zur "Normalität". Es ist natürlich gut, sich dort Unterstützung holen zu können, falls das Einkommen für die Miete nicht reicht. Allerdings sollte es doch das Ziel sein, dass Menschen Ihre Miete und Lebenshaltungskosten, sofern möglich, aus eigener Tasche bezahlen. Zudem ist ein Wohngeldantrag nicht einfach so mal schnell erledigt. Es ist ein einigermaßen hoher bürokratischer Aufwand, selbst für Deutsch - Muttersprachler. Etliche Formulare und Bescheinigungen müssen vorgelegt werden und das jedes Jahr aufs Neue. Um den Sozialbonus eventuell zu erlangen ist ein Wohngeldantrag als Einkommensnachweis unumgänglich.

Es scheint ein Naturgesetz zu sein, dass Mieten steigen "müssen". Stabile Mieten wären doch ein viel besseres, vor allem ein sozialeres Ziel.

Wir wollen, dass die Menschen gerne hier wohnen, auch wohnen bleiben, weil sie sich wohl fühlen, weil sie ihre Miete aus eigener Kraft selber bezahlen können und das Gefühl haben, hier bin ich zu Hause, hier kann ich etwas bewirken. Die Aktivität

der Leute zu fördern, sich, auch mit Hilfe der Quartiersarbeit, für ihr Wohngebiet einzusetzen, ist gelebte Nachbarschaft und gelebtes Engagement, über und mit allen unterschiedlichen Kulturen.

Immer wiederkehrende Mieterhöhungen versetzen Menschen mit geringerem Einkommen in Angst. Ein sicheres zu Hause ist ein menschliches Grundbedürfnis und eine kommunale Fürsorgepflicht.

*Sehr geehrte Damen und Herren, folgen Sie deshalb dem Beispiel vieler privater Vermieter, dem Bauverein und selbst Vonovia und versenden Sie in diesen schwierigen Zeiten keine Mieterhöhungsbescheide an die MieterInnen der Freiburger Stadtbau GmbH. Unterstützen Sie bitte den Antrag der 4.000 Bürger*innen: „5 Jahre Mietstopp bei der Stadtbau Freiburg“.*

Vielen Dank!

